

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Gah,
8. W. Corner Third and
Contos str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
12 R. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Reg. Sachsen
u. Herzg. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 86.

Freitag, 30. Juli.

1875.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat August zu 55 Pfennigen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Gönnewitz u. bei Teubert, Vornaischestr. 19, für Kleinzschocher und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 dajelbst, für Thonberg u. Reudnitz bei Zeitungspediteur Bschau, Neudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peufert, Hauptstraße 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Manteuffelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpostämtern sowohl Quartals- als Monatsabonnements angenommen werden.

Die Arbeit.

Von Johann Most.

III.

Die Unbestimmtheit des inneren Wesens produktiver und unproduktiver Arbeit muß verschwinden, wenn man darüber, nicht, wie wir im vorigen Artikel thaten, im weitestgehenden, sondern im engeren, scharf begränzten und von uns bereits angedeuteten Sinne Untersuchungen anstellt. Es ist unter der Gesamtmenge der Produkte zunächst zu unterscheiden zwischen den absolut notwendigen, den angenehmen und den überflüssigen Dingen. Es ist ferner zu unterscheiden, inwieweit im Durchschnitt neben dem Nothwendigen auch Angenehmes, ja vielleicht sogar Ueberflüssiges den im engeren Sinne produktiven Arbeitern zur Disposition stehen muß, wenn dieselben leistungsfähig bleiben oder leistungsfähiger gemacht werden sollen, was wiederum durch den jeweiligen Culturzustand des betreffenden Gemeinwesens bedingt wird.

Wie man auf den ersten Blick sieht, sind, wie gesagt, die beiden Arbeitsarten, so betrachtet, leicht zu unterscheiden, allein das Maß der betreffenden Arbeitsgattung ist äußerst schwer festzustellen, da auch unproduktive oder auch Nichtarbeiter — denn solche giebt es in beträchtlicher Anzahl — nicht nur Angenehmes und Ueberflüssiges, sondern auch Nothwendiges konsumieren.

Gleichwohl kann man theoretisch immerhin zu einem annähernd richtigen, wenn auch nicht durch Zahlen anzubrückenden Resultate gelangen. Würde der einzig und allein hierzu befähigte Faktor, der Staat, die nötige diesbezügliche Statistik pflegen, so müßte man selbst zu einem ziffermäßigen Facit kommen. Einstweilen aber muß es uns genug sein, wenn wir eine Skizze darüber geben können, wie in dieser Hinsicht gerechnet werden könnte.

Man muß die Produkte selbst zu Rathe ziehen, d. h. die Gesamtmenge der innerhalb eines Jahres konsumiert werdenenden Waaren befragen, wie viel produktive und wie viel unproduktive Arbeit darin steckt. Anscheinend stellen auch hier die Dinge sich als unentwirrbar verwickelt dar, aber auch nur anscheinend.

Es werden z. B. durch die Angehörigen eines Gemeinwesens sehr viele importierte Artikel konsumiert, aber dafür müssen ja die entsprechenden selbstproducierten Waarenmassen exportiert werden. Und es kommt auch gar nicht darauf an, ob Waaren, die aus produktiver Arbeit entspringen, aus- und dagegen Erzeugnisse unproduktiver Thätigkeit eingeführt werden oder umgekehrt; denn wenn man für unproduktive Arbeitsprodukte solche produktiver Natur hingiebt, so ist dies gerade so, als wenn man erstere selbst erzeugt hätte, und im entgegengesetzten Falle gilt dasselbe Verhältnis. Das Einzige, was dabei allensfalls in Betracht gezogen werden könnte, ist die etwaige Differenz, die man aber nicht bedenklicher ruhig unbeachtet lassen kann, da dieselbe ja zum Theile schon im laufenden, zum Theile im nachfolgenden Jahre ihren guten oder schlechten Einfluß auf Produktion und Konsumtion geltend machen, resp. in Gestalt von Vermehrung oder Verminderung der konsumierbaren Dinge erscheinen muß.

Hinsichtlich der Waarenvorräthe braucht man bei unserem Rechenzettel auch nicht ängstlich zu thun, weil innerhalb des fraglichen Konsumtionsjahres sowohl ältere Vorräthe verbraucht, als auch solche für die zukünftige Zeit geschaffen werden. Abweichungen gleichen sich hier wie in allen Etappen beim Durchschnitt — und nur mit diesem können wir es überhaupt zu thun haben — aus.

Ebenso muß man nicht an den Unterschied denken, der zwischen einem Jahre großer produktiver (Ueber-) Thätigkeit und einem Jahre der Krise liegt, da man es auch in dieser Beziehung weder mit dem einen, noch mit dem anderen Extrem, sondern nur mit dem Durchschnitt zu thun hat.

Endlich kann man bei derartigen Berechnungen sich nicht mit Kleinigkeiten befassen wollen, sondern nur mit überschlagsweise angenommenen Größen.

Nach diesen Voraussetzungen kann das Folgende sicherlich nicht mehr leicht falsch aufgefaßt, resp. mißverstanden werden.

Den Ausgang unserer Untersuchung bildet also die Werthsumme aller durchschnittlich in einem Jahre (und von solchen Waaren, die

in mehr als einem Jahre erst völlig verbraucht werden, wie z. B. von Häusern und dergl., der entsprechende Werth-Theil) konsumiert werdenden Dinge; ziehen wir davon die Werthsumme derjenigen Konsumartikel ab, welche nicht zu den gesellschaftlich anerkannten Bedürfnisgegenständen gehören, sondern mehr oder weniger Ueberflüssiges darstellen, so erhalten wir die Werthsumme der als nothwendig anerkannten Dinge. Diese Summe ist aber noch nicht mit dem Werthe der in einem Jahre sich verkörpernden produktiven Arbeit identisch, vielmehr müssen hiervon noch weitere Abzüge gemacht werden. Diejenigen, welche das oben erwähnte Ueberflüssige verbrauchen, konsumieren nebenbei auch Dinge, welche als soziale Bedürfnisgegenstände gelten, und zwar eher in größeren als in kleineren Mengen, wie diejenigen, die sich damit ausschließlich begnügen müssen (wenn sie z. B. weniger Brod essen, so verzehren sie dafür desto mehr Fleisch); aus diesem Grunde muß auch die Werthsumme der durch diese Luxus-Konsumenten — die wir später als, englisch genommen, unproduktiv charakterisiren werden — verbraucht werdenden allgemein anerkannten Verbrauchsartikel in Abzug gebracht werden. Und endlich ist abzuziehen die Werthsumme jener Konsumartikel, welche diejenigen Arbeiter aufzehren, die sich mit Erzeugung der Luxusartikel befassen. Nach all diesen Abzügen wird ein Rest bleiben, der der ursprünglich angenommenen Gesamtsomme gegenüber eine ziemlich dürftige Rolle spielt. Was man sucht, wird man aber wissen, nämlich man wird das Verhältnis kennen, in welchem die produktive Arbeit zu der unproduktiven und zu der Gesamtarbeit steht.

Für Solche, welche unsere Darstellung für einseitig halten sollten, wollen wir hier noch eine andere Beleuchtung der Sache folgen lassen.

Man denke sich sämtliche Arbeitskräfte eines Gemeinwesens, welche die gesellschaftlich als nothwendig anerkannten Nahrungsmittel, Bekleidungsgegenstände und Wohnungen sammt Zubehör erzeugen, welche die Erziehung der Jugend besorgen, unentgeltliche Erholung vermitteln, den diesen Zwecken dienenden Verkehr bewerkstelligen, die zu alledem nöthigen Produktionsinstrumente anfertigen und das Ganze verwalten, summiert; man denke sich andererseits gleichfalls zusammengestellt alle Jene, welche bei den soeben angedeuteten Thätigkeiten nicht theilhaftig sind, sondern entweder Ueberflüssiges oder gar nichts erzeugen, so wird man zwei Zahlen erhalten, die sich so ziemlich einander gleichen dürften. Zieht man aber vollends auch noch den Theil von anzuwendender Arbeitskraft ab, der sich in jenen nothwendigen Konsumartikeln verkörpert, welche durch die Produzenten des Ueberflüssigen verbraucht werden, so käme nach unserer vorherigen Annahme gar nur ein Viertel der arbeitsfähigen Leute des Gemeinwesens heraus. Unsere erste Annahme ist nun allerdings eine willkürliche, wird sich aber der Wirklichkeit gegenüber wahrscheinlich un schwer behaupten können; aber wenn sie auch nicht stimmt, so ist damit doch angedeutet wie sich das Verhältnis gestalten muß, nämlich in wechselseitigem Vergleich unserer beiden Gattungen.

Run aber noch Eins! Vergleiche man die Dienste, welche sich die beiden fraglichen Arbeitergattungen gegenseitig leisten, so wird man finden, daß die produktive Arbeit von besonderem „Segen“ für ihre Träger nicht begleitet ist. Und doch sind sie die bewegendende Kraft des Ganzen, indem sie das Nothwendige, also dasjenige hervorbringen, was Allen und Jedem die Fortexistenz ermöglicht, ohne welches Angenehmes, resp. Ueberflüssiges zur Nullität herabsinkt.

Angenommen die produktiven Arbeiter, die Schöpfer des Nothwendigen, wären einmal längere oder kürzere Zeit allein thätig, während die unproduktiven Klassen die Hände in den Schooß legten, so erlöste bei dieser Gelegenheit die Existenzgrundlage der Gesamtheit des Gemeinwesens keine Beeinträchtigung. Wenn hingegen umgekehrt die unproduktiven, die Luxusarbeiter eine Zeit lang allein thätig wären, alle produktiven Arbeiter aber schliefen, müßte in ganz kurzer Zeit der sociale Tod des Ganzen eintreten.

Geht aus diesen Voraussetzungen und Schlussfolgerungen hervor, wels' ein hochwichtiger Faktor die produktive Arbeit ist, so zeigt andererseits tagtäglich die praktische Erfahrung, daß diese nämlich produktiven Arbeiter, welche für Alle das Nothwendige erzeugen, von dem Angenehmen und Ueberflüssigen, das aus der Thätigkeit der unproduktiven Arbeiter resultirt, wenig oder gar nichts zu sehen bekommen.

Ueberflüssiges kann aber nur Derjenige verbrauchen, welchem noch ein Ueberfluß von seinem Einkommen bleibt, nachdem er sich bereits mit dem Nothwendigen versehen hat. Wie viele produktive Arbeiter haben aber ein so geartetes Einkommen? Wahrlich hier kann das Zählen nicht schwierig sein, es müßte denn passiren, daß die bei jeder Prosperitäts-Periode wiederkehrenden Fabelreien von den Portwein- und Rehrüden-Frühhäcks-Prassereien der Arbeiter irgend ein halbwegs ernsthafter Mensch für etwas Anderes, als für ständige Enten hungeriger Zeitungs-Copyschreiber nehme.

Die unproduktiven Arbeiter arbeiten nur für einen Theil ihrer eigenen Gattung, etwa noch für die hie und da ausnahmsweise etwas günstiger situirten einzelnen produktiven Arbeiter und vor Allem und im hervorragenden Maß für — Nichtarbeiter. So will es die moderne Ordnung!

Die zuletzt erwähnte Art oder Unart, das Parasitentum des menschlichen Geschlechts, konsumiert ungläubliche Massen von Arbeitskraft und leistet der Menschheit dafür nichts, absolut gar nichts. Man hört zwar oft davon reden, daß Der und Jener, welcher im Allgemeinen als Generalfauler angesehen wird, „arbeite“, aber wer sich die Mühe nehmen wollte, den Werth der betreffenden Leistungen abzuschätzen, der fände gewiß im allergünstigsten Falle, daß dieser Werth nicht einmal dem Werthe des Salzes gleichkommt,

welches der Betreffende verzehrt. Die Regel ist, daß die gedachten Individuen durch das, was sie als ihre „Arbeit“ bezeichnen, nicht nur keinen Nutzen schaffen, sondern Schaden. Wir wollen davon absehen, die Gattungen zu bezeichnen, unter denen man diese Bärenhäuter suchen muß, aber der Bemerkung können wir uns nicht enthalten, daß die Zahl der Jünger des dolce far niente (des süßen Nichtsthuns) Legion ist.

Resumiren wir! Es gibt produktive Arbeiter, welche nur Nothwendiges erzeugen, aber auch nur Nothwendiges konsumieren; es gibt ferner unproduktive Arbeiter, welche über das Nothwendige hinaus — Luxus-Artikel — erzeugen, aber nicht auch nur Nothwendiges verbrauchen; weiter gibt es eine kleine Klasse von besonders günstig situirten produktiven und unproduktiven Arbeitern — mehr von den Letzteren als von den Ersteren, — die mehr oder weniger über das Nothwendige hinaus, also Ueberflüssiges zu verzehren im Stande sind; und endlich gibt es Konsumenten oder Nichtarbeiter, die Nothwendiges und Ueberflüssiges in unbegrenzten Massen verzehren, zuweilen sogar in einer solchen Weise, daß das Uebermaß von Angenehmem Unangenehmes erzeugt, so daß man eine ganze Reihe von geistigen und körperlichen Wohlstands-Krankheiten kennt.

Politische Uebersicht.

Zur Reichsenquete. In Frankenberg ist ein sozialistischer Arbeiter vernommen worden, der verhörnde Beamte war aber sichtlich bestrebt, die Fragen so zu stellen, daß die Antwort womöglich im Sinne der beabsichtigten reaktionären Gesetzgebung ausfallen sollte. Keintliches wird aus Wilkau gemeldet, wo die verhörten Arbeiter mit Fragen überrumpelt wurden, sodas sie keine Zeit hatten, sich vorzubereiten. Unsere Darmstädter Parteigenossen veröffentlichen in den „Neuen Hessischen Volksblättern“ nachstehende Erklärung.

Nachdem in der von dem Gewerbeverein durch öffentliche und schriftliche Einladung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anberaumten Versammlung am 23. d. Mis. nicht einmal die Berathung der Lehrlingsverhältnisse erledigt werden konnte und am folgenden Abend (Samstag) dieselbe Sache sich in weit vorgerückte Zeit hinstreckte, gedachte das Präsidium in der Person des Herrn Directors Weber, die so tief in die sociale Frage eingreifenden Arbeiterverhältnisse mit reichstem Schicksal leicht hinweg zu behandeln, die Bemerkung machend: „Wir sind nicht hier beisammen, um uns zu belehren!!! sondern die Fragen einfach mit Ja oder Nein zu beantworten.“

Dem Herrn Generalsecretär Busch zollen wir die vollste Anerkennung für seine unparteiischen Bemühungen in dieser schwierigen Aufgabe, welche er sich gestellt und wünscht, daß dieselbe zu einem gedeihlichen Abschluß kommen möchte, haben aber die vollste Ueberzeugung, daß man in dieser für uns so höchst wichtigen Sache, wo es sich um „Sein oder Nichtsein“ handelt, bei Beratungen der socialen Real-Politik uns etwas mehr Gehör schenken und ein Bureau einrichten werde, wo die Handglocke nicht nur dazu benützt wird, der praktischen Erfahrung Hohn zu läuten.

In Folge der von Herrn Director Weber abgegebenen Erklärung, daß „wir nicht da seien, um uns zu belehren,“ gebot es unsere Ehre, den weiteren Verhandlungen nicht mehr beizuwohnen und mit Protest die Versammlung zu verlassen, ohne den Einstufierungen eines gewissen Versicherungs-Agenten Gehör zu geben.

Wir werden in den nächsten Tagen demzufolge eine Volksversammlung einberufen, um uns unter tüchtigem Referat über die Reichs-Enquete zu belehren.

Darmstadt, den 26. Juli 1875.

Im Auftrage der hiesigen social-demokratischen Arbeiterpartei
Fortf. folgt.
W. Köberer.“

— Unsere Gegner. Daß die sozialdemokratische Presse die Thaten des nationalliberalen Landtagsabgeordneten und Spigbuben Beck nicht todteschwiegen hat, ärgert natürlich den Herrn Hüttner vom „Leipziger Tageblatt“, und sucht sich derselbe dadurch zu rächen, daß er in den letzten Tagen drei angebliche oder wirkliche Fälle von Rassenbetrügereien, durch Arbeiter begangen, aufzählt.

Nun, auf dieses Gebiet der Statistik wollen wir Herrn Hüttner nicht folgen; der Raum zur Rebanche würde uns fehlen: wir erklären uns aber bereit, Namen und Adresse jedes sozialdemokratischen Spigbuben, den er in seinem „Tageblatt“ entlarvt, im „Volksstaat“ zu veröffentlichen, und verpflichten uns, neben jeden solchen Namen zehn Namen von nationalliberalen Ehrenmännern zu setzen, die Rassen bestohlen, Steuern defraudirt, betrügerischen Bankrott gemacht, Postbetrügereien verübt, Geschenke („Cadeaux“) zu Verschönerungszwecken angenommen, ihre amtliche Stellung zur Bereicherung und zu persönlichen Vortheilen (gute Lieferantcontracte, „Trinkgelber“ und Naturallieferungen von Bordellmüthen u. c.) benützt, und in sonstiger Weise die „höhere Moralität“ der besitzenden und gebildeten Klasse bewiesen haben. Ja wir erbieten uns sogar, mit Leipzig den Anfang zu machen. Einverstanden Hr. Hüttner? —

Und nun lassen wir die erwähnten Notizen des „Tageblatts“ wörtlich folgen.

Erste Notiz:

„Leipzig, 25. Juli. Es wird Niemanden überraschen, daß die sozialdemokratischen Blätter den traurigen (!) Fall des Stadtrath Beck in Dresden mit der größten Oier (? Es ist zu viel —

Nahrungsmittel*) vorhanden, als daß es zur „Bier“ kommen könnte. R. v. B.) für ihre Parteizwecke verarbeiten und dabei den ganzen Reichtum ihres Schinps und Bekleidungs-Veritons (Hohl) Wir sind keine Nationalliberalen.) erschöpfen. Es ist wohl nur geringe Hoffnung dafür vorhanden, daß jene Blätter ihren Lesern auch erzählt werden (geschicht aber doch, R. v. B.), wie am 12. Juli der Kassirer der Krankenkasse der Maler-, Lackirer- und Bergolber-Gehilfen zu Dresden und am 19. Juli der Kassirer der Krankenkasse des deutschen Tabalarbeiter-Vereins genau eben so wie der vormalige Stadtrath Bed verfahren, indem sie sich mit den Kassengeldern auf und davon machten.“

So das „Tageblatt.“ Wir wissen nicht, ob seine Mittheilung auf Wahrheit beruht. Wenn ja, dann müßte noch festgestellt werden, ob die Defraudanten Sozialdemokraten sind. Auf alle Fälle darf Hr. Hüttner versichert sein, daß wir Spitzbuben nicht in unserm Reiche dulden — keine so wenig als große. Kann Hr. Hüttner dasselbe von seiner Partei sagen?

Die zweite Notiz des „Tageblatt“ lautet:
„Leipzig, den 26. Juli. Das Collegium ist vollständig geworden. Zu den 2 wegen Unterschlagung ihnen anvertrauter Genossenschaftsgelder gefänglich eingezogenen Dresdner Kassirer gestellt sich soeben ein dritter: der bisher in Leipzig wohnhafte, durch seine jahrelangen Hebereien bekannte H. Richter, Vorstand und Agitator der „Buchbindervereins“, hat sich in Dresden vor einigen Tagen selbst der Polizei gestellt unter der Angabe, daß er anvertraute Gelder im eigenen Nutzen verwendet habe. Richter sitzt im Gefängniß. Der verbrecherische Mißbrauch des von Gewerks- und Ständegenossen geschenkten Vertrauens, wie er in jedem dieser Fälle entgegentritt, ist um so beklagenswerther, als die entwendeten Gelder fast ausschließlich aus den Taschen nicht wohlhabender Arbeiter geflossen und nun jedenfalls unrettbar verloren sind. Für's Allgemeine indest würden die erwähnten Unterschlagungen doch noch von Nutzen sein, wenn sie dazu beitragen, in den zunächst betroffenen Kreisen etwas mehr Vorsicht zu wecken!“

Letzteres unterschrieben! Auch für den Fall, daß die „erwähnten Unterschlagungen“ erfolgen, oder Hirsch-Dunder'schen Harmonie-Baterschaft sein sollten. — Mögen die Arbeiter sich vor Spitzbuben hüten, den Kleinen wie den großen! Was speziell Richter betrifft, so hat derselbe, wie wir soeben erfahren, sich allerdings den Dresdner Behörden gestellt. Aus Briefen, die er unmittelbar vor diesem Schritte geschrieben, und von denen wir Einsicht genommen, erhellt aber, daß Richter an Geistesstörung gelitten haben muß. Mit der Kasse des Buchbindervereins hatte er gar nichts zu thun, — es könnte sich höchstens um Abonnementgelder der „Buchbinderzeitung“ handeln, und dann wäre, äussersten Falls, der Betrag so gering, daß er durch das Gehalt Richter's gedeckt werden könnte. Also hier sind Sie am Ihre Freude betrogen, Hr. Hüttner! Aber ehe wir uns von Ihnen verabschieden, noch zwei Fragen. Sie lassen Ihren berechtigten Cheuuischer Correspondenten in wichtiger Anspielung auf Wahlrecht von Schusterlogik sprechen. Ist Ihnen etwa eine Postbroschüre bekannt?

Und: wissen Sie, wie der Leipziger Zeitungsredakteur heißt, welcher die „Cadeaux“ (seidene Kleider, Brillantringe u.) von Hr. Theaterdirector Haase empfangen hat? Wie heißt er, Hr. Hüttner?

— Bourgeoisunverschämtheit und Arbeiterservilität. Im „Pfälzer Courier“, vom 21. Juli, der aus von befreundeter Hand zugegangen ist, machen die Leiter der Ludwigshafener Musteranstalt ihrem ählichen Humor in folgender Tirade Lust:

„Die Redaction des „Volksstaat“ (Liebknecht), die so schnell bei der Hand gewesen war, die Unwahrscheinlichkeit in ihrem Blatte zu verbreiten, hat bis jetzt, nach Verlauf mehrerer Wochen, keine Anstalt gemacht, der Wahrheit die Ehre zu geben — wieder ein schlagender Beweis, daß es den Führern der Sozialdemokraten bloß darum zu thun ist, Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und Mißstimmung gegen die Arbeitgeber unter den Arbeitern zu verbreiten, ganz ohne Rücksicht darauf, ob irgendwo Anlaß zu Unzufriedenheit und Mißstimmung gegeben ist. Kein Verständnis würde es ihnen verargen, wenn sie bloß gegen wirkliche Mißstände zu Felde zögen und diese abzustellen suchten; wäre es ihnen aber in der That darum zu thun, den Arbeitern eine zufriedenstellende Lage zu sichern, so müßten sie es auch doch da anerkennen, wo die Arbeiter bereits in solcher Lage sich befinden. Es ist ihnen aber gar nicht darum zu thun, das Loos der Arbeiter zu bessern; daher haben wir es ja sogar erlebt, daß sie dagegen eiferten, wenn irgendwo eine oder die andere Einrichtung zu diesem Zwecke getroffen werden sollte; ihre Absicht ist nur, die Arbeiter in beständiger Mißstimmung zu erhalten, um sie zu gelegener Zeit zum Losschlagen, zur Revolution bereit zu haben. Dazu hat, wie gesagt, das Verfahren des Hrn. Liebknecht in dem vorwähligsten Fall einen neuen Beleg geliefert.“

Et, da hätte ja die Leipziger Staatsanwaltschaft auf einmal Material zu einem neuen Hochverratsprozeß! — Nur zu ihr Herren! Sennt euch nicht! Wir werden euch nicht schonen, das sagen wir unverfroren, und gelegentlich wollen wir aus eurem Wischmatschi den Beweis führen, daß ihr euch aufs „Geschäft“ ebenfogut versteht, wie aufs Denunzieren.

— Zum Brünnener Strike, der noch nicht beendigt ist, über dessen augenblicklichen Stand aber nur widersprechende Nachrichten vorliegen, können wir heut die Zahlen der Löhne von 1869 und 1875 bekannt geben, wie sie der Reichenderger „Arbeiterfreund“ in seiner Nummer 14 mittheilt:

	1869		1875		Neuer Lohnsart	
	Lohn	Schmiz	Lohn	Schmiz	Lohn	Schmiz
Schmiz in Zoll	1 fl. 10 — 30 kr.	— fl. 70 — 80 kr.	1 fl. 10 kr.	—		
30	1 - 30 - 40 -	1 - 80 - 70 -	1 - 24 -	—		
37	1 - 55 - 65 -	1 - 5 -	1 - 63 -	—		
54	1 - 80 -	1 - 20 - 30 -	1 - 87 -	—		
67	2 - 20 -	1 - 40 -	2 - 17 -	—		

Man sieht, die Arbeiter haben in dem neuen Lohnsart noch nicht einmal den 1869 gezahlten Lohnsatz gefordert, und doch nannte man ihre Forderungen „unverschämte“. Es ist freilich auch led, mehr zu verlangen, als nöthig ist, um nicht zu verhungern.

— Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei dem österreichischen Staat gefährlich. Wegen Abdruck unseres Programms wurde vor Kurzem die Wiener „Gleichheit“ konfisziert, und im Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ vom 18. d. findet sich folgendes Erkenntniß:

„Das I. L. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der I. L. Staatsanwaltschaft erkannt, daß der Inhalt der Druck-

*) In der nächsten Nähe von Leipzig lebt zum Beispiel eine nationalliberale Gröbe, — deren vor nicht langer Zeit unter sehr ständischen Umständen erfolgten politischen Tod wir bis dato gar nicht erwähnt haben. Sollen wir etwa das Verflümte nachholen Hr. Hüttner?

schrift „Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ mit dem Auftrage Arbeiter Deutschlands“, gefertigt: „Der Vorstand der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (Hamburg) Leipzig, Genossenschaftsbuchdruckerei, das Verbrechen nach § 65 lit. o. St. G. und das Vergehen nach § 302 St. G. begründe, und es wird nach § 493 St. G. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.“

Wie wir aus der „Gleichheit“ ersehen, lautet dieser § 65 lit. o: „Des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe macht sich auch derjenige schuldig, der Verbindungen zu stiften oder andere zur Teilnahme an solchen zu verleiten sucht, oder selbst in was immer für einer Weise daran Theil nimmt, die sich einen der unter lit. a (Aufreizung zur Verachtung oder zum Haß wider die Person des Kaisers, den einheitlichen Staatsverband, Regierungsform oder Staatsverwaltung) lit. b (Aufreizung zum Ungehorsam u. gegen Befehle, Befordrungen u.) bezeichneten strafbaren Zwecke zur Aufgabe setzen. § 302 behandelt die Aufreizung gegen Klassen oder Stände der Gesellschaft.“

Zu der ganzen Affaire bemerkt unser Bruderorgan: „Es ist also die persönliche Theilnahme österreichischer Staatsangehöriger an der neugegründeten Organisation der sozialistischen Arbeiter Deutschlands nicht möglich. Bei den gegenwärtig grassirenden Hausdurchsuchungen wäre also das Auffinden einer Mitgliedenkarte wahrscheinlich von ählichem Erfolg, wie badjenige der Eisenacher Karten im Jahre 1869. — Die verschiedenen Vereine, denen man in letzter Zeit den „Volksstaat“ wegnahm, finden in obigem Erkenntniß ebenfalls die Lösung des Räthfels. Zwar ist eigentlich nach § 37 des Pressgesetzes die Vernichtung solcher Druckschriften, welche bereits in den Besitz dritter Personen zu eigenem Gebrauche übergegangen sind, nicht zulässig, aber — — —“

Ja, aber — aber Oestreich ist ein „Rechtsstaat“ — wie andere Länder.

Ueber weitere Staatsretterei in Oestreich berichtet die „Gleichheit“:
Abermals haben wir über die Auflösung eines Arbeitervereines zu berichten. Dem Vorstand des Innsbrucker Arbeiterbildungsvereines wurde nachstehendes Schriftstück zugesandt:

„Die I. L. Statthaltereil hat laut Erlas vom 14. d. M. B. 10562 auf Grund des Paragraphen 24 des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht den Arbeiterbildungsverein in Innsbruck wegen Überschreitung seines statutenmäßigen Wirkungskreises hienmit anzuulösen befunden.“

Nach § 25 des Vereinsgesetzes steht dagegen die Verufung an das I. L. Ministerium des Innern binnen sechzig Tagen offen. Jedoch hat der Verein seine Thätigkeit allfogleich einzustellen.

Nach § 27 des Vereinsgesetzes wird bezüglich des Vereinsvermögens die angemessene Vorkehrung eingeleitet und dasselbe unter einen Sequester gestellt.

Zu diesem Behufe wird der städtische Polizei-Kommissär Engelbrecht beauftragt, dasselbe allfogleich in Verwahrung des Magistrats zu nehmen, und die Vorstehung des Vereines erhält den Auftrag, dasselbe dem Genannten zu übergeben.
Innsbruck am 16. Juli 1875.

Der Bürgermeister:
(Unterschrift unleserlich.)

Ein derartiges Erkenntniß ist uns noch nicht vorgekommen. Sonst wird irgend eine bestimmte Handlung des auflösenden Vereines namhaft gemacht, wodurch er seinen Wirkungskreis überschritten habe; der Innsbrucker Statthalter, Graf Laaffe, scheint dies nicht für notwendig zu befinden. Man soll aber jemand im Stande sein, Reklams zu ergreifen, da gar nicht gesagt ist, wodurch der statutenmäßige Wirkungskreis des Vereines überschritten sein solle! — Conrad Hartmann in Mähr. Schönberg — dessen Verhaftung wir bereits meldeten — wurde am 13. Juli in Letten geschloffen durch einen Gensdarmeriewachmeister nach Brünn transportirt. — Am 12. Juli wird in Römerstadt Wilhelm Strauch durch 2 Gensdarmen verhaftet und nach Brünn abgeführt. Am demselben Tage wurden daselbst mehrere Genossen gerichtlich vernommen. Solchen Staatsretterei gegenüber konnten auch die dortigen Bourgeois nicht unthätig bleiben. Die Gebrüder Flemming, Seidenzeugfabrikanten, warfen alle dem Arbeiterbildungsverein angehörige Arbeiter ihrer Fabrik auf die Straße. — Wie alle Marschegger Delegirten erhielt auch Genosse Schrödl in Gloggnitz eine Marschroute in seine Heimat nach Böhmern. Da Schrödl in Böhmen nichts zu suchen hat, in Gloggnitz aber in Arbeit steht, so fand er keine geeignete Verwendung für seine Marschroute undehrte ohne weiteres nach Gloggnitz zurück. Bis am 20. Juli — also volle zwei Monate — blieb er unbekümmert. An diesem Tage aber wurde er wegen Nichtbefolgung der Marschroute zu fünf Tagen Arrest und zwangswelcher Abweisung in seine Heimat verurtheilt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir mit einigen Worten auf den Marschegger Kongreß, respektive die behördliche Behandlung der Delegirten, zurückkommen. Diefen wurden bekanntlich nach § 1 des Gesetzes vom 27. Juli 1871 als „außer- und bestimmungslosen Individuen“ Zwangspässe in ihre Heimat eingehändigelt. Eine Verhandlung oder irgend eine gerichtliche Formalität hatte nicht stattgefunden, auch wurde so unter der Hand — wir sind bereit, zu jeder Zeit den Beweis dafür anzutreten — den Delegirten zu verstehen gegeben, man werde sich um das Schicksal der Marschroueten nicht so sehr kümmern. Nur unter dieser Voraussetzung verzichteten die also Abgefertigten auf Einbringung von Reklams, selbst auf das Risiko hin, in Verwahrung behalten zu werden. Da die Delegirten eben nicht „außer- und bestimmungslose Individuen“ waren, so lehrte jeder dahin zurück, wo seine Papiere und seine Arbeit war. Man fing aber die polizeiliche Razzia an. Die Genossen wurden von der Arbeit weggerissen, oftmals hunderte von Stunden weit verschickt und konnten dann nach Abgabe ihrer Marschroute wieder unbekümmert an denselben Ort zurückkommen, von dem sie einige Tage früher abgeschafft wurden!!! — Für derartige Zustände fehlt uns die Bezeichnung. — Ein solcher Art Semafregelter ist auch Genosse Euler. In Dr. Neustadt verhaftet, wurde er nach Gradow in Krain abgehoben. Dort fand er weder Arbeit, noch wollte man ihn fortlaffen. Während seiner Abwesenheit wurde in seiner Wohnung in Leoben eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei einige Exemplare des 1874 er Kalender gefunden wurden. Euler wurde nun wegen Vergehens gegen das Pressgesetz vom Kreisgericht Leoben in Untersuchung gezogen und ihm die Abreise von Gradow untersagt. Dort wäre er sicher sammt seiner zahlreichen Familie verhungert, hätte sich nicht die Partei seiner angenommen. Endlich, nach vielfacher Beschwerde, erhielt er die Bewilligung, nach Steiermark zu gehen. Er fand Arbeit in Graz, kehrte sich weder an Vereinen, noch sprach er in einer Versammlung. Nichtsdestoweniger wurde er am 18. Juli aus Graz ausgewiesen. Reklams ist angemeldet, sollte er erfolglos sein, so werden wir einige interessante Details dieser Angelegenheit nachtragen. — Am 14. Juli, 4 Uhr früh, wurde in Graz Josef

Hollmann verhaftet, nachdem am Abend zuvor, ohne Zuziehung von Zeugen, in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden war. Die hiermit beauftragte Kommission richtete eine gräuliche Wirthschaft an, fand aber nicht das Geringste. — Genosse Josef Beitzmaier, welcher in Baradina verhaftet worden war, wurde dem Grazer Landesgerichte eingeliefert. — Verhöre fanden in Graz, Wr. Neustadt und Wien statt.“

Eine ganz hübsche Liste. Und doch „verlorne Liebesmüh“, Ihr Herren Staatsretter! Der „krankte Mann“ mag sterben und die Sozialdemokratie ist lustig und gesund.

Unser Anerkennung aber den braven österreichischen Parteigenossen, von denen sich, wie die „Gleichheit“ berichtet, gegenwärtig nicht weniger als 40 in verschiedenen Gefängnissen des kaiserlichen Kaiserstaates befinden.

— Eine Scene beispielloser Aufregung hat am 22. d. M. im englischen Unterhause stattgefunden, herbeigeführt durch das Mitglied für Derby, Herrn Blimfohl, der der Regierung und einzelnen seiner Parlamentscollegen bei der Besprechung der jüngst vorgelommenen und nach Blimfohl's Ansicht durch die absichtliche Vernachlässigung aller Vorsichtsmaßregeln von Seiten elender Spekulantent veranlaßten Schiffsunglücksfälle Beleidigungen und Anklagen schwerster Art in's Gesicht schleuderte. Die Angelegenheit kommt am 29. d. zur nochmaligen Verhandlung; nach Eingang der Berichte werden wir des Ausföhrlichsten auf die ganze Angelegenheit und die dabei an's Tageslicht tretenden tiefdunklen Schattenseiten moderner Kultur und Humanität zurückkommen.

— Russische Nachrichten. II. Eine „neue Idee“. Die russische Regierung, fast toll geworden über die Ausbreitung der sozialistischen Propaganda, die sie trotz ihrer Gewaltmittel und trotz der barbarischen Behandlung aller in ihre Hände fallenden Sozialisten nicht eindämmen kann, ist neuerdings auf einen großen, aber, glauben wir, sehr schwer durchführbaren Gedanken gekommen — den der Herstellung einer als einheitlichen Institut organisierten „internationalen Polizei“. Ueber die praktische Möglichkeit und Nützlichkeit dieser Idee hat schon seit Monaten ein hochabziger russischer Gelehrter, Graf Komarowski, von seinem Katheder herab gepredigt und sich ihrer „Erfindung“ gerühmt. Indessen meinen wir diese „Idee“ für die Männer der Regierung, insbesondere den Grafen Schwaloff, dem früheren Chef der III. (Polizei-) Abtheilung und jetzigem Botschafter am englischen Hofe, reklammieren zu müssen, welche letzterer schon mit der neuen Schöpfung schwanger ging, als er von Petersburg nach London übersiedelte. Freilich gelang es ihm nicht, seinen dabei stets im Auge gehaltenen ersten Zweck, die Aufhebung der so unbehaglichen Redaction des „Vorwärts“, zu erreichen. — Bei der letzten Anwesenheit des Kaisers in Sachsen hat der Vater des vorerwähnten Gelehrten, der alte Graf Komarowski, folgende für die Angst der russischen Regierungsmänner charakteristischen Aeußerungen gethan: „Wie dieser furchtbare innere Kampf endigen wird, das weiß nur der liebe Gott“ — man sieht, der Mann ist, wie solche Gesellschaft meistens, fromm! — Wir beruhigen den Kaiser, wir verhindern ihn die furchtbaren Fortschritte der sozialistischen Propaganda zu bemerken, aber es wird schließlich ein Moment kommen, in dem jede Lüge unmöglich sein wird.“ — Weiter gestand der verzweifelte Anhänger des „milden“ Beherrschers aller Reußen: „Wir bekämpfen und tödten Personen, Individuen, aber der Idee gegenüber sind wir furchtbar, entsetzlich ohnmächtig!“ Daß es den Regierungsbeamten übrigens auch nicht einmal gelingt, wichtigere Personen, die eigentlichen Urheber und Förderer der Bewegung aufzugreifen und unschädlich zu machen, ist dem Grafen Komarowski auch nicht verborgen. „Alles“, meint er, „was von der Regierung vernichtet fällt, ist eben nur der Schaum — es sind nur Instrumente, welche von einem außerhalb unseres Machtbereichs waltenden Willen gestimmt und gespielt werden. Es ist heinahe lächerlich zu sehen, wie die Regierung sich an verhältnißmäßig ungefährlichen Leuten in Rußland rächt, während sie unsere gefährlichsten Feinde, die sich außerhalb des Landes befinden, in Ruhe läßt. Was können wir aber mit diesen machen? Nur eine Hoffnung bleibt uns noch übrig: die internationale Polizei!“ Wie wenig wir auf das Glück der russischen Regierungsläufer bei den Versuchen, eine internationalpolizeiliche Allianz herzustellen, bauen, haben wir bereits ausgesprochen; wenn wir auch nicht bezweifeln, daß sich fast in allen europäischen Ländern recht warme Bertheidiger einer derartigen Universalzwang- und Abregelungs-Anstalt finden möchten. Aber in Paris ist man jedenfalls viel zu „liberal“ zu dergleichen — nicht wahr? Hum, hum!

— Mit Bezug auf die Richtigstellung in Nr. 52 des „Volksstaat“ hat die „Berliner Pädagogische Zeitung“ sich bemüht gefunden, in ihrer Nr. 24 (d. d. 12. Juni) Folgendes zu veröffentlichen:

„Königsberg i. Pr. Herr Dr. Joh. Jacoby hat sich veranlaßt gefunden, durch einen im „Volksstaat“ veröffentlichten Brief (S. Nr. 21 d. Zit.) nochmals seine Stellung zur Servisfrage zu kennzeichnen; leider hat derselbe hierbei aus den in der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung geföhrten Debatten nur Dasjenige angeführt, was sein Verhalten zu rechtfertigen scheint (aber auch nur scheint), dagegen sind die wesentlichen Momente mit Stillschweigen übergangen: es möge mir daher gestattet sein, das von Dr. Jacoby Mitgetheilte zu ergänzen. Von Seiten des Herren Stadtverordneten Dr. Wolfberg, Kohn und Theodor wurde mit warmen Worten das große Elend geschildert, in welchem viele Familien der hiesigen Elementarlehrer, die meistens nur ein Gehalt von 400 Thlr. und darunter beziehen, schmachten; jeder gefühlvolle Zuhörer merkte wohl, daß die Ansichten dieser Herren auf bestimmten Thatsachen begründet waren. Die „Nothwendigkeit einer Ausnahme“, die ja auch von dem Herrn Briefschreiber anerkannt wird, hätte sich billigerweise auf die Elementarlehrer, die unter allen Kategorien der hiesigen städtischen Beamten am miserabelsten besoldet sind, beziehen müssen“. Allerdings dürften wir dem sogenannten „großen Volksmann Jacoby“ kein Verständnis und Mitgeföhl für den schreielichsten Nothstand in unserm Stande jammeln, da er sich sofort durch seine Ansföhrungen als Vertreter der wohlhabenden Bourgeoisie gerirte, überhaupt ist dieser Herr den Bildnern der ärmern Volksklasse, so viel dem meisten Königsberger Volkskullehrern bekannt, stets vornehm fern geblieben. Wenn Herr Dr. Jacoby sein Verhalten mit der vorgerütheten schlechten Lage der städtischen Finanzen entschuldigen wollte, so wurde dieser Grund vollständig hinfällig gemacht, indem der Chef der Verwaltung der Stadthauptkasse, Herr Stadtkämmerer Hoffmann, schlagend nachwies, daß die Mittel zur Gewöhrung des

*) Der jüngste Sekretär des hiesigen Magistrats beginnt mit einem Jahresgehälte von 600 Thlr., damit schließt der älteste Klassenlehrer des städtischen Elementar- und Volksschulen ab. Note des Hrn. Pawar-

Servis reichlich vorhanden wären.) Demnach bezog sich die „Nothwendigkeit einer Ausnahme“ nur auf die Literaten der höhern Lehranstalten, weil diese „Freiheit zur Ausübung ihres Berufes haben müßten,“ sie auch „der Stadt tüchtige Bürger erziehen.“ Herr Doctor, dieses sind nicht „theils unrichtige Angaben, theils Entstellungen der von Ihnen gesprochenen Worte.“ Gestatten Sie mir aber auch, daß ich zu Ihrem Prämissen die mit logischer Consequenz sich ergebende Conclusion setze. Diejenigen Lehrer, welche die 95 Prozent der Schüler, nämlich die schon an sich durch unsere sozialen Verhältnisse höchst stiefmütterlich bedachten Kinder des armen Volkes erziehen, sind des Servis nicht bedürftig, weil hier die von Ihnen angeführten Gründe nicht vorliegen, nämlich: „sie brauchen keine Anwesenheit, erziehen auch keine tüchtigen Bürger.“ Kann wohl dem Volke ein ärgerer Schlag ins Angesicht gegeben werden? Allerdings dachten Sie wie Talleyrand: „la parole est donnée pour déguiser la pensée“ und sprechen die notwendige Folgerung nicht aus, haben also in den Augen der Urtheillosen ein gewisses Scheinrecht, sich mit dem ganzen Stolz Ihrer politischen Größe zu umgürten und diese „unsonstige Anwesenheit“ als „nicht gethan“ zu bezeichnen. Das einfache Factum aber läßt sich trotz Ihrer sonderbaren Argumentation nicht weglassen, Sie haben Ihren ganzen Einfluß geltend gemacht, nämlich sich auch den Theil der Magistratsvorlage, welcher sich auf die den Elementarlehrern zu gewährende Wohnungsberechnung bezog, zum Falle zu bringen. Ein Mann, dem die Förderung des Volkswohles und besonders der Volksbildung nicht bloß auf der Zunge, sondern auch am Herzen liegt, hätte anders handeln müssen. Wir Elementarlehrer (ich rede hier im Sinne der meisten hiesigen Kollegen) sind indessen schon zu sehr davon überzeugt, daß die meisten der sogenannten Volksbeglätter in ihrem Herzen doch dem Grundsatz huldivgen: „Odi profanum vulgus et arceo.“^(*) Hoffentlich wird sich auch in anderen Kreisen allmählich die Ansicht Bahn brechen, daß der Scheinliberalismus der gefährlichste Feind einer gesunden Volksbildung ist. Schließlich will ich noch constatiren, daß man gerade in der Kaufstadt nicht nur unseren Stand ruhig weiter darsitzen läßt, sondern jede feindselige Einwirkung der Volksschule dadurch zu verhindern sucht, daß einzelne Stadtverordnete, welche von unserm Schulwesen nicht die blasseste Ahnung haben, die Achtung der Lehrer geistlich untergraben, beispielsweise durch Vergleiche mit Holzhadern, strickenden Handwerckzweilen und dergl. Invektiven mehr. S. Dawader.

Von Obigem in Kenntniß gesetzt, schrieb Jacoby an und wie folgt:

„Königsberg, den 21. Juni.

In Nr. 52 des „Volksstaat“ ist die Rede, welche ich am 22. Decbr. v. J. in der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung hielt, treu wiedergegeben; wer sich die Mühe nicht verdriessen läßt, meine damals gesprochenen Worte mit den Vorwürfen des Herrn Dawader (in der Berliner „Pädagogischen Zeitung“ vom 12. Juni o.) zu vergleichen, wird sich von der Grundlosigkeit der letztern überzeugen.

Will Herr D. mich für einen „Vertreter der wohlhabenden Bourgeoisie“ halten, so soll ihm dies unbenommen bleiben; unsere Bourgeois dürften hierin anderer Ansicht sein. Der Schlusssatz der Dawader'schen Epitaphion bezeugt übrigens zur Genüge, weß Geistes Kind der Verfasser ist: nach meinem Dafürhalten ist ein tüchtiger Beschreiber „Holzhader“ oder „strickender Handwerckzweil“ bei weitem höher zu stellen als ein untüchtiger arroganter Lehrer — gleichviel, ob letzterer in der Volksschule oder in einem Gymnasium unterrichtet.“

— In Hannover haben unsere Parteigenossen folgenden Wahlausruf erlassen:

Auf zur Wahl!

Wähler in Stadt und Land! Bürger und Arbeiter Hannovers! Mittwoch den 4. August v. J. findet die Ergänzwahl zum Deutschen Reichstage statt. Dieser Tag bietet Euch Gelegenheit, Eurer stillen Entrüstung Ausdruck zu geben über die in Deutschland wuchernde Grund- und Schwindelwirthschaft, Blut- und Eisenpolitik.

Männer des Volkes! Sollen die Wucherer und Börsenspieler das Volk bis auf's Hemd ausziehen? — Soll der Mittelstand durch das Großkapital völlig zu Grunde gerichtet und in Hunger und Elend gestürzt werden? — Soll der fleißige Arbeiter bei der jetzigen, durch Schwindel hervorgerufenen Geschäftstodung hungern und betteln? — Soll es den Fabrikanten noch fernere freistehen, die Arbeiterfamilien zu zerreißen, um Mutter und Kind zur Fabrikarbeit zu pressen? — Soll der Bürger noch länger seine hauer erworbenen Groschen in das bodenlose Raß werfen müssen, in dem die fünf Willkürden verschunden sind? — Soll der Landmann unter dem drohenden Steuerdruck so weit herabstinken, daß Wucherer und Gläuberschlächter ihn ungestraft von Haus und Hof treiben? — Sollen Eure Söhne, Ihr Hannoveraner, wiederum

Wähler! Ueberlegt Euch diese Frage, wie es ernstern Männern geziemt, und handelt abdam als Männer, ohne Furcht und Ansehen der Person, wie es Euch Eurer Erkenntniß und Eurer eigenes Interesse gebietet! Stellt den rechten Mann an den rechten Platz! Wählt den Eigarrenhändler Friedrich Wilhelm Frigische aus Leipzig, zur Zeit wohnhaft in Berlin.

Eure ganze Vergangenheit bürgt Euch dafür, daß er das Wohl des Volkes mit Verstand und Muth vertheidigen wird. Geboren in den ärmlichsten Verhältnissen hat er die Noth des Volkes in so reichem Maße kennen gelernt, daß er es zu seiner Lebensaufgabe machte, gegen die Ursachen dieser Noth in Staat und Gesellschaft unermüdet anzukämpfen.

Dies hat er vor Allen gezeigt als Mitglied des Norddeutschen Reichstags und des Zollparlaments in den Jahren 1868—1871 bei Verathung der jetzigen Gewerbeordnung. Er kämpfte dort gegen die Freigebung des Wuchers und die Entfesselung des Großkapitals, durch welche, wie er schon damals voraus sagte, der Mittelstand, Handwerker wie auch Landleute, zu Grunde gerichtet wird. Er brandmarkte die Tyrannei in den Fabriken und die existenzbedrohende Frauen- und Kinderarbeit in denselben. Als die Nationalliberalen für das Vorkaufsrecht des Eisenzolls dem armen Mann durch Steuererhöhung den Rasse vertheuerteten, wirkte und stimmte er dagegen, wie überhaupt gegen die seit 1866 Mode gewordene Ueberbürdung mit Steuern.

Während unsere Politiker sich wie Wetterfahnen nach dem Berliner Winde drehen, hält er unerschrocken seit dreißig Jahren das Banner der Freiheit hoch, und setzte selbst sein Leben dafür in die Schranken. Im Jahre 1848 kämpfte er gemeinschaftlich

^{*}) Siehe Königsb. „Harl. Bl.“ Nr. 305. Jahrg. 1874. Note des Hrn. Dawader.
^{**}) Die Sprache ist gegeben, um die Gedanken zu verhallen.
^{***)} Ich habe das gemeine Volk und halte es mir vom Leibe.

mit den Hannoveranern als Freiwilliger in Schleswig-Holstein; 1849 von den Preußen in Dresden gefangen genommen, entging er kaum dem Standrecht und bligte seine Liebe zur Freiheit mit Zahre langem Kerker. Und so wie damals, so stand er auch 1866 und 1870 und so steht er noch heute für das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit des Volkes gegen jeden Rechtsbruch, gegen jede Gewaltherrschaft, gegen jede Anreizungspolitik.

Darum Hannoveraner! wählt diesen Mann, wählt Friedrich Wilhelm Frigische, den im Kampf ergrautes Streiter für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Frigische ist allerdings kein Mann, der goldene Berge verheißt und die Herrlichkeit des Deutschen Reichs bis in den Himmel preißt, wie die Advocaten, Doctoren, Geheimräthe u. s. w., welche am Wahltag dem Volke schmeicheln, darnach aber sprechen: „der Noth hat seine Schuldigkeit gethan, der Noth kann gehen.“ Aber Frigische hat uns das schlichte Versprechen gegeben, im Fall seiner Wahl offen und gerade zu sprechen und zu stimmen, dort wo jetzt die Interessen der Reichen und Mächtigen die Oberhand haben.

Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! — Dem Däsen aber, der da drischt, soll man das Maul nicht verbinden! Darum wird er gegen Ausbeutung, Wucher und Schwindel schonungslos Strafgesetze, für die Arbeit aber Gesetze zu Schutz und Schirm verlangen, damit Familienleben, Sonntagruhe, tüchtiger Volksunterricht und anständlicher Verdienst Jedem zu Theil werde, der durch redliche Arbeit der Menschheit nützt.

Nationalliberale werden um Eure Hausrath bitten und bitteln, einen schwarzen weissen Geheimrath zu wählen.

Antwortet ihnen: Ihr Nationalliberalen habt die Freiheit verrathen, habt das Recht mit Füßen getreten, den Schwindel derart großgezogen, daß das ganze Volk hungert! Euch haben wir es zu danken, daß der Steuerdruck unerträglich ist, daß wir mit zweieinvierezig Jahren als Landsturmlente aus der Familie gerissen werden können, um die Flinten zu schleppen, daß unsere Söhne drei Jahre lang in den Kasernen liegen müssen. Wir danken für solche Volksvertreter, wir wählen Friedrich Wilhelm Frigische.

Die sogenannte hannoversche Partei behauptet, sie kämpfe für Wahrheit, Freiheit und Recht, der König Georg werde wieder auf den Thron steigen, dann sei die Zeit gekommen, wo jeder Bauer sein Huhn im Topfe haben werde.

Sagt ihnen: Wir wollen die Wahrheit, wir wollen die Freiheit, wir wollen das Recht. Aber die Freiheit kann nur erlangen werden, wenn das ganze arbeitende Volk Deutschlands wie ein Mann dem preussischen Junkerthum entgegentritt, nicht aber durch eine Bewegung, die sich bloß auf Hannover beschränkt. — Die Wahrheit muß gewiß über die Lüge triumphiren. Wahrheit ist aber vor allen Dingen, daß das Volk darbt. Wahrheit ist es, daß das Volk geistig und sittlich verkommen muß, wenn seiner Noth kein Ende gemacht wird! Darum, wenn Ihr gelehrte Herren uns verdrösel auf die Wiederaufrichtung eines Welfenreiches, und verlangt, wir sollen dem zu Liebe so lange ausharren in der Noth, so ist das nicht Wahrheit, sondern Lug und Trug!

Wir wollen das Recht, aber wir wollen das volle, ganze, gleiche Recht für Alle, keine Vorrechte des Adels und des Kapitals. Wir wollen, daß das Recht zur Macht werde, nicht aber, daß die Macht das Recht sei; darum markten wir nicht mit Herrn von Bismarck nur zweijährige Dienstzeit des stehenden Heeres, sondern fordern die freie Volkswehr. Und deshalb auch wenden wir uns von Euch und wählen den Candidaten des arbeitenden Volkes: Friedrich Wilhelm Frigische.

Auf! Alle Mann zur Wahl!
Hannover. Das Arbeiter-Wahlcomité.
(Soeben wird uns aus Hannover mitgetheilt, daß der Wahlausruf konfirmirt sei, was uns veranlaßt, etliche Streichungen vorzunehmen. D. R.)

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Leipzig, 25. Juli. Gewerksgenossen und Kollegen! Immer näher rückt der Tag des Congresses heran, nur noch wenige Tage und die Verhandlungen beginnen. Wir wollen deshalb nicht unterlassen, Euch nochmals an die Wichtigkeit dieses Congresses zu erinnern. Von Wichtigkeit ist derselbe nicht nur für die Genossenschaft, die Lokal- oder Handvereine, sondern auch für Alle uns bis jetzt noch fernstehenden keiner Verbindung angehörenden Kollegen, weshalb es dringend nothwendig ist, daß auch überall Delegirte entsandt werden.

Kollegen! Es soll ein Bund gestiftet werden, der uns Alle gemeinschaftlich umschlingt. Pflicht der Mitgliedschaften der Gewerkschaft, sowie der Fach- und Lokalvereine ist es, überall in den Orten, wo es ihnen möglich ist, für die Beschickung des Congresses zu wirken. Wir hoffen, daß Jeder seine Pflicht, jetzt wo es noch Zeit ist, auch erfüllt.

Der Congress wird, wie bereits angezeigt, den 8. und 9. August hier in Leipzig abgehalten und zwar im Eldorado 1. Etage, Pfaffenwiesestraße, wo auch die Delegirten empfangen werden.

Alle Delegirten ersuchen wir nochmals dringend, sich bei Unterzeichnungem rechtzeitig anzumelden, da wir in Betreff der Nachtquartiere für nichtangemeldete Delegirte keine Verantwortung übernehmen können.

Mit brüderlichem Gruß
I. A.: Ludw. Witt, Neumarkt 29.

NB. Alle Arbeiterzeitungen ersuchen wir um Abdruck dieses.

Berlin, 23. Juli. (Agitationsbericht.) Auf Wunsch der Verwaltung unseres Vereins beschloß die hiesige Mitgliedschaft eine Agitation in Mecklenburg und wurde Unterzeichneter hiernit beauftragt; ich hielt in folgenden Orten öffentliche Schneiderversammlungen ab: in Schwerin, wo ich über „die Produktion des Schneidergewerbes und den Allgemeinen deutschen Schneiderverein“ referirte. Es zeichneten sich einige 20 Mann als Mitglieder in den Verein ein. Von da ging ich nach Lübeck, wo sich eine den Verhältnissen angemessene, gute Mitgliedschaft bildete. In Rostock war der ganze Kreisverein (dieser ist dort, weil nichts Besseres existirt, unter den Schneidern fast vertreten), erschienen; nachdem ich eingeladen und der Vorsitzende mehrmals vergeblich zur Interpellation aufgefordert hatte, zeichneten sich mehrere Ortsvereinsmitglieder in unsern Verein ein. Es kamen sogar einige Kollegen zu mir und fragten mich, ob ihnen der Ortsverein etwas anhaben könne, wenn sie bei uns eintreten und dort austreten würden. Ich gab den Kollegen die nöthige Aufklärung und dieselben zeichneten sich bei uns als Mitglieder ein. Es traten in Rostock 30 Mann unserem Verein bei. Von Rostock ging ich nach Güstrow. Hier war es noch nie dagewesen, daß eine öffentliche Schneiderversammlung stattgefunden hatte. Es hatten sich denn auch die gesammten Kleinmeister mit ihren Arbeitern eingefunden. Nachdem ich in meinem Vortrag hervorgehoben, daß die Kleinmeister heute mit dem Großkapital nicht konkurriren könnten und erstere im Konkurrenz-

kampf unterliegen müßten, und nachdem ich die heutige Produktionsweise erläutert und zur Einigkeit und festem Zusammenhalten ermahnt, zeichneten sich in dem kleinen Güstrow 16 Mann in den Verein ein. Ich will hier nicht unerwähnt lassen, daß ich, als ich am andern Tage einige unserer Kollegen bei dem Schneidermeister Böttscher (Großfabrikant) in der Werkstätte besuchte, eine sogenannte Fabrikordnung vorlas. Der Herr Böttscher in Güstrow i. M. schreibt seinen Arbeitern vor, wann sie des Morgens aufstehen müssen, wann sie auf der Werkstätte sein müssen, wann sie frühstücken können, wann sie Mittag halten, wann sie vesperen, wann sie aufhören können mit der Arbeit. Die Arbeitszeit währt den einen Monat von früh halb 6 bis halb 10 Uhr Abends, den andern Monat von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends und so geht es von Monat zu Monat fort, je nach der Conjunctur des Geschäftes. Auch hat der betreffende Herr Böttscher einen Lokutaris in seiner Werkstätte, aber derselbe ist so eingerichtet, daß es dem Herrn Geschäftsinhaber frei steht, zu jeder Zeit und bei jedem Stück mit dem Arbeiter zu handeln wie es christlicher Juden Manier ist. Kurz, ich empfehle allen Kollegen und namentlich unseren Dresdner Kollegen, weil der Herr Böttscher seine Arbeiter meistentheils aus Dresden kommen läßt, die Werkstätte des Herrn Böttscher in Güstrow i. M. In Hagenau, Bismarck, Bishow, Neubrandenburg war es mir der Kürze der Zeit halber theilweise nicht möglich, Versammlungen abzuhalten, aber es werden die Kollegen in diesen Orten auch ihr Möglichstes thun, damit der Verein dort Boden gewinnt.

Kollegen in Mecklenburg und Lübeck! Arbeitet jetzt mit uns weiter an der Emanzipation unserer Kollegen, damit wir in einer festen Allianz gegenüber unsern Unterdrückern stehen. „Mann der Arbeit, aufgewacht, und erkenne Deine Macht; alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“

Allen Kollegen für die freundliche Aufnahme meinen besten Dank.
Mit collegialischem Gruß
L. Höppner.

NB. Ich ersuche Herrn Bruns (Lübeck) um seine Adresse.

Fachverein der Tischler.

Sölk, 24. Juli. In der Generalversammlung am 5. Juli und in der folgenden Sitzung wurde die Gründung einer Productiv-Genossenschaft beschlossen, und zu diesem Zweck ein Comité von 5 Mitgliedern gewählt, welches die Ausarbeitung der Statuten und alle übrigen Vorarbeiten zu besorgen hat. Die Genossenschaft soll vorerst für das Baufach eingerichtet werden und später, sobald die Möglichkeit vorhanden ist, auf das Möbelfach ausgedehnt werden. Das Betriebskapital soll durch Antheilscheine beschafft und dieselben so gestellt werden, daß jedes Vereinsmitglied sich daran betheiligen kann. Da uns voraussichtlich große Kapitalien nicht zur Verfügung stehen werden, so soll der Betrieb anfänglich mit wenigen Kräften begonnen und allmählig, je nach Bedürfnis, neue Kräfte hinzugezogen werden, jedoch soll nie das System, Gesellen zu halten, eingeführt werden, sondern Jeder, der mitarbeitet, muß Theilhaber des Geschäftes sein. Die gegenwärtigen Mitglieder sind sich der Schwierigkeit der Aufgabe bewußt, welche sie zu erfüllen haben, und geben sich dieselben durchaus keinen Täuschungen hin, falls nicht alles nach Wunsch gehen sollte. Der leitende Gedanke bei der Gründung war hauptsächlich: 1) Ein sicheres Asyl für etwa durch die Agitation Gemüthregelte zu schaffen; 2) einmal auf diesem Gebiete eine Probe durchzumachen, um später mit mehr Erfahrungen ausgerüstet zu sein; und 3) da die Tischler in Sölk bis jetzt noch keine Arbeitseinrichtung durchzumachen hatten, welche große materielle Opfer verlangte, sondern alles dasjenige durch praktische Agitation erreicht haben, was an andern Orten erst durch Aufbringung von Tausenden von Thln. erreicht werden konnte, glauben wir keinen Fehler zu begehen, wenn wir die zu beschaffenden Mittel für diesen Zweck verwenden.

Wir ersuchen daher im Interesse der Sache alle hiesigen Gesellen, sich dem Fachverein der Tischler anzuschließen, um nach Kräften das neue Unternehmen unterstützen zu helfen.
Brüdergruß. Das Comité.

Correspondenzen.

Dessau. „Wieder einmal ist der Staat glücklich gerettet!“ Am 15. Juli, Morgens nach 8 Uhr, begab ich mich zur Polizeidirection, um eine am 16. Juli abzuhaltende Volksversammlung anzumelden, wobei ich gleichzeitig ein Plakat einreichte, welches ich anheben wollte. Jedoch erst kurze Zeit zu meiner Arbeit zurückgekehrt, kam ein Polizist und lud mich ein, zur Polizei zu kommen. Hier mußte ich nun bis gegen 12 Uhr warten, ehe ich vorkam; nun wurde ich gefragt, ob ich Derjenige sei, der die Versammlung angemeldet habe. Als ich dies bejahte, meinte der Herr Assessor, ich sei mir wohl der Tragweite meiner Schreidweise nicht bewußt, denn sonst könnte ich ein gesetzlich konsequeziertes Blatt nicht lägen strafen wollen. Die Tagesordnung lautete nämlich: „Die Lügenhaftigkeit der Presse und der „Anhaltische Staats-Anzeiger“, Referent: W. Fink aus Leipzig. Ich sagte dem Herrn Assessor auseinander, daß die Tagesordnung den „Staats-Anzeiger“ der Lügenhaftigkeit nicht beschuldige, trotzdem jenes Blatt persid genug gegen die Arbeiter vorgehe. Im Laufe dieser Verhandlung mußte ich u. A. folgende Worte hören: „Sie kleiner Mann, wo kriegen Sie denn die Courage her, eine Versammlung einzuberufen“, oder: „bei Ihnen klappert's wohl u. s. w.“ Dann wurde mir auch gesagt, daß die Plakate nicht angeschlagen werden dürften; auf meine Frage, weshalb nicht? erhielt ich die Antwort: „Mit dertartigen Sachen lasse ich die Häuser nicht besetzen.“ Ich entgegnete dem Herrn, dies nur an den gesetzlich bestimmten Orten thun zu wollen. Ich erhielt aber die einfachste aller Antworten: „Auch da nicht.“ Doch wurde mir der Bescheid, daß ich die Versammlungsbescheinigung bekommen könnte, Plakate dürste ich aber nicht anschlagen, ich sollte auch gleich auf die Bescheinigung warten. Nach einigen Minuten wurde ich wieder gerufen und gefragt, ob ich die Versammlung aus eigenem Antriebe einberufe und ob ich den Redner aus freiem Willen hierher kommen ließe. Meine hierauf ertheilte Antwort wurde notirt und meine Personalbeschreibung aufgenommen. Darauf wurde mir gesagt, daß ich die Bescheinigung nicht erhalten könne, weil ich noch einmal berechtigt sei, einer Versammlung beizuwohnen, noch viel weniger eine einzuberufen, und zwar, weil ich noch nicht majorann sei. Ich bin erst 20 Jahre alt. Nun, Arbeiter Dessau's, möchte ich noch einige Worte an Euch richten. Schüttelt ab Eure alte Gleichgültigkeit, tretet ein in die Reihen der Kämpfer gegen den Unverstand der Massen und gegen die Kapitalmacht; lange genug haben Einzelne für Euch gelitten und gedurft, zeigt jetzt, daß auch Ihr vom Relke der Erkenntniß getrunken, zeigt, daß Ihre wahre Männer seid, und zeigt auch, daß Ihr jetzt zu handeln versteht. Tretet mit offenem Bistri Euren Feinden entgegen, nur dadurch werdet Ihr Euch die Achtung vor Jedermann erringen. Und Ihr, die Ihr schon länger unser Prinzip kennt, die Ihr schon länger mit Ausdauer für die Befreiung der Menschheit kämpft, laßt Euch

nicht zurückrecken durch Verfolgungen und Chikanen, sondern hebt hoch das Haupt trotz alledem. Wir sind uns bewußt, daß hier die Reaktion ihr Banner aufgepflanzt hat, daß man hier Alles aufbieten wird, den Sozialismus zu vernichten, aber durch Muth und Ausdauer wollen wir beweisen, daß dem Sozialismus kein Damm entgegen zu setzen ist, sondern daß er gleich einem Strome dahinfließt, welcher alle Unreinigkeiten mit hinwegspült. Dies beherzigt und tritt massenhaft ein in die Reihen der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Vor Allem aber abonniert auf die beiden Parteioorgane „Neuer Sozialdemokrat“ und „Volkstaat“. Bei Herrn Sengs, Breite Straße, liegen unsere Parteioorgane aus und bitte ich Euch, daselbst zu verkehren. Alle Briefe in Parteiangelegenheiten sind zu senden an: Franz König, Wall 30, Dessau.

Mit sozialdemokratischem Gruß Franz König.

Deuth, 17. Juli. Ein Ruferscheidervertrag. Auch ein Beitrag zur „Reichsrevue“. Seit einer Reihe von Jahren mehrten sich die Klagen unserer Handwerksmeister über das „lockere Wesen“ in den Lehrlingsverhältnissen, und über den zunehmenden Reichthum, mit welchem abgeschlossene Lehrverträge gebrochen werden. Diese Klagen sind zwar nicht ganz neu, mehr oder weniger hat man sie zu allen Zeiten gehört, es läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß sie zur Zeit auf ein tiefingewurzeltel Uebel deuten, welches bei den heutigen Verhältnissen weder ein bindender Lehrvertrag noch eine sonstige Zwangsmassregel radikal beseitigen kann. Weil die heutige Großproduktion das vollständige Erlernen eines Handwerkes nicht mehr fordert, und durch den Maschinenbetrieb die getheilte Arbeit eingeführt ist, ist es den Arbeitern möglich gemacht, ihre Söhne in einer kürzeren Zeit für ihren Erwerb reis zu machen. Da nun aber die Kleinwerkbtreibenden den Industriellen das Feld nicht räumen wollen, greifen sie zu allerlei charakteristischen Mitteln, um das Rad des wirtschaftlichen Fortschritts zu hemmen. Unter Duzenden von Petitionen an die Gesetzgebung sind sie jetzt mit einem Lehrvertrag herausgerückt, welcher in Zwickau das Licht der Welt erblickt hat und in der „Deutschen Tischlerzeitung“ abgedruckt ist. In der Beilage der „Deutschen Tischlerzeitung“ (Nr. 15*) vom 14. April wird ein solcher Ruferscheidervertrag, zwischen dem Schreinermeister H. S. und dem Handarbeiter W. B. abgeschlossen, mitgetheilt. Ich bin leider nicht im Stande, den Vertrag wörtlich wieder zu geben, weil mir das betreffende Exemplar der „Deutschen Tischlerzeitung“ fehlt, ich werde deshalb bios die hervorragenden Punkte aus dem Gedächtnis wiedergeben. 1) Der Lehrling bezieht ein Lehrgeld von 90 Mark in zwei Terminen. 2) Derselbe bringt ein Bett mit oder bezahlet dasselbe mit 75 Mark. Nun kommen verschiedene Vorschriften, wie das Bett beschaffen sein muß, die Hauptsache aber ist, daß nach beendigter Lehrzeit sämtliche Gegenstände dem Meister als Eigenthum verbleiben. Nun bekommt aber auch der Lehrling einen Brocken vorgeworfen, er darf nämlich täglich ein paar Stunden zum Besuche einer Fortbildungsschule benutzen. Nach all diesem scheint Zwickau ein wahres Paradies zu sein, da ein Handarbeiter die Summe von 55 Thlr. an seinen Sohn wenden kann und ihm nebenbei noch die nötige Kleidung besorgen muß. Ein Handarbeiter, der die Kleinigkeit von 55 Thlr. zum Opfer bringt, um seinen Sohn zum Handwerker heranzubilden, leidet keine Noth. Es ist klar, der preussische Finanzminister ist hinteres Licht geführt, die 6% Millionen, welche ein zu geringes Einkommen haben, um zur Steuer herangezogen werden zu können, das sind ja zumeist Handarbeiter. Der Meister, welcher sich also um den Staat verdient gemacht hat und der Behörde über das Einkommen der Handarbeiter, wenn auch ohne Abzucht, Aufschluß gegeben hat, hat gewiß einen Orden verdient. Da braver Zwickauer, Du sollst gewiß nicht leer ausgehen. Doch Scherz bei Seite. Bei uns hier in Köln sind verheiratete Handwerker zu finden, die nur ein einziges Bett besitzen, und in Zwickau verlangt man von einem Handarbeiter, daß er seinen Sohn mit einem completen Bett ausrüsten soll. Ob der Handarbeiter wohl ein Leintuch auf seinem Bette besitzt? Ich will Tausende von Arbeiterfamilien aufweisen, die ein solches Bett, wie es der Zwickauer Handwerksmeister für den Lehrling verlangt, nicht dem Namen nach kennen, viel weniger besitzen. Ich könnte in dieser Weise noch mit Vielem aufwarten. Aber was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist, daß nach beendigter Lehrzeit sämtliche mitgebrachten Gegenstände dem Meister gehören und daß der Vertrag auch nicht die allgeringsten Verpflichtungen von Seiten des Meisters dem Lehrling gegenüber enthält. Wer garantiert dem opferbringenden Handarbeiter, daß sein Sohn nach beendigter Lehrzeit etwas Ordentliches leisten kann, und daß er nicht zum Barten von Kindern, Stiefelputzen, Kartoffelschälen oder sonstigen Dienstmagdarbeiten angehalten wird? Woer kann man leugnen, daß die Lehrlinge aus purem Egoismus eingestellt werden, um sie in schamlofer Weise auszubilden, und nach beendigter Lehrzeit als unbrauchbare Handwerkerstellen sich selber zu überlassen? Aber trotz Vertragsbruches, trotz Arbeitsbüchern und allen sonstigen reaktionären Maßnahmen, mit welchen ein Theil der Handwerksmeister die Gesetzgeber bestürmt, ist der Untergang des Kleinbetriebs nicht abzumenden. Das Rad der Geschichte geht seinen Gang, und am wenigsten halten es die Zwickauer Kleinmeister mit ihrer Gewerbekammer auf. Ich schliesse für heute, später werde ich mit einem Artikel über das Lehrlingswesen aufwarten.

J. W. Gelle.

Kopenhagen, 21. Juli. Große Volksversammlung. Nachdem die früheren Volksversammlungen oder „Massen-Meetings“ zweimal jährlich auf dem großen Platz außerhalb der Stadt, dem „Nordersfeld“, an Werktagen abgehalten wurden, beschloß die Centralverwaltung, diesmal die Versammlung an einem Sonntage stattfinden zu lassen; theils weil an einem Sonntage der Arbeiter nicht versäumt und weil es nothwendig war, recht Viele beisammen zu sehen, um ihnen die richtige Sachlage der beiden großen Stripes — Cigarrenarbeiter und Schiffszimmerer — auseinander zu setzen; theils um eine Präjudiz für die richtige Erklärung des Grundgesetzes und der Sonn- und Feiertagsordnung durch die Gerichte zu erhalten. Die Regierung und Bourgeoisie hat nämlich in den letzten drei Monaten für gut befunden, eine alte Verordnung aus der absolutistischen Regierungsperiode aus dem Grabe zu holen, um es den Arbeitern und der demokratischen Partei unmöglich zu machen, sich an Sonn- und Feiertagen zu versammeln; das Wackthum der sozialistischen Partei genirt, und deshalb muß „Ewas“ gethan werden, um den schädlichen Folgen unserer Agitation für Staat, Kirche, Religion, Familie, u. s. w. u. s. w. vorzubeugen. Diese antediluvianische Verordnung streitet aber gegen unser Grundgesetz, dessen Paragraph 88 ganz deutlich sagt, daß sich die Bürger unbewaffnet versammeln können, wo und wann sie wollen. Unser dekorirter Polizeidirektor, der bekannte Crome, der sich durch seine Sozialistenverfolgung bemerkbar gemacht hat, dieser Teufendorf der Kleinere, erklärte, die Versammlung nicht verbieten zu wollen, sondern sämtliche Mitglieder der Centralverwaltung sammt den Rednern

anzuklagen. Dies ist auch geschehen und den Ausgang der Sache werde ich unfern deutschen Parteigenossen seiner Zeit mittheilen. Vergangenen Sonntag, den 18. Juli, Nachmittags halb 5 Uhr, fand die Versammlung statt; zwischen 8 — 9000 Menschen, fast lauter Arbeiter, hatten sich eingefunden; eine Rednertribüne war des Morgens früh errichtet worden, geschmückt mit rothem Tuche und vielen rothen Fahnen. Neben wurden gehalten: über den Sozialismus von Geleff; über den Schiffszimmererstrike von Schuhmacher Hörbaum und Schiffszimmermann Pacesen; über den Cigarrenarbeiterstrike von dem Präses der Centralverwaltung, E. W. Klein, und dem Präses des Cigarrenarbeitervereins, Johnsen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkennt die Berechtigung der Schiffszimmerer- und Cigarrenarbeiterstrikes an und beschließt, dieselben mit allen Kräften zu unterstützen.“ Die Polizei, die sich sonst bei solchen Gelegenheiten stark repräsentiren läßt, hatte diesmal durch ihre Abwesenheit geglängt. Diese in würdevoller Ruhe abgehaltene Arbeiterversammlung ist ein schimmer Dorn im Auge unserer Bourgeoisiepresse; und der blödsinnige „Dagstelegraf“, redigirt von dem dänischen May Hirschchen, E. B. Rimestad, der einem hiesigen Weinbändler für consumirte Beine und Spirituosen allein für das Jahr 1874 1800 dänische Thaler schuldet (hübscher Sparapostel — nicht wahr?), fafelt ganz erschrecklich und läßt seinem gekrüppelten Pablikum die Haut voll! Rau — Profit Mähheit! Wir Sozialisten gehen bekräftigt vorwärts! Gruß an die deutschen Brüder!

Nachschrift. In diesem Augenblick fällt mir das in Hadersleben herausgegebene dänische Blatt „Dannemörke“ in die Hand und ich sehe mit Erstaunen, daß dieses nationalmiserable Organ der dänischen Partei in den Herzogthümern eine unwürdige, lägenhafte Correspondenz aus Kopenhagen bringt, welche unsere Partei betrifft; ich meine doch immer, daß dieses noble Organ genug zu thun hätte mit dem berühmten Paragraph 6. Allein die Nationalliberalen in allen Ländern sind sich gleich, bekräftigt unwürdig, auch wenn sie im tiefsten Schlamm sitzen. Doch sind ihre Waffen bald abgenützt und wir können diese Sorte Leute nur mit einem mittelbigen Pöbeln betrachten. J. B. Klein.

An die Tapezierergesellen Deutschlands.

Hannover. Bierzehn Tage nach der Bekanntmachung betreffend am 29. August d. J. in Leipzig stattfindenden Tapezierer-Congresses sind schon die meisten größeren Städte mit uns in brieflichen Berkehr getreten und dürfen wir auf einen guten Besuch des Congresses hoffen; nur die Collegen Süddeutschlands, mit Ausnahme von Stuttgart, haben nichts von sich hören lassen, trotzdem wir nach den meisten Orten bereits Briefe und Circulars versandt haben. Es liegt daher die Möglichkeit nahe, das dieselben nicht zu Händen der Collegen gelangt sind, da wir sie größtentheils an Werkstätten adressirt haben.

Wir erlauben daher nochmals dringend, und durch Uebersendung von Adressen behülflich zu sein, besonders wenden wir uns an Mainz, Darmstadt, Mannheim, Carlsruhe, Augsburg, München und Nürnberg. Wir hoffen, daß die Collegen Süddeutschlands sich an dem Eifer der norddeutschen Collegen ein Beispiel nehmen und sich auch an dem Congresse theilnehmen werden. Schon seit Jahren war es das Bestreben vieler Collegen, eine allgemeine Verbindung herzustellen, jetzt liegt es an Euch, den Verband ins Leben zu rufen, denn heut ist es hoffentlich für die meisten unserer Collegen keine Frage mehr, ob wir einen Verband brauchen, sondern es haben uns die trübsten Erfahrungen belehrt, daß der Einzelne nichts vermag; darum bleibt uns nur ein Mittel: die Organisation! Dies Lösungswort der Arbeiter aller Branchen und Länder wollen auch wir zu dem unseren machen. Briefe sind an die Adresse, E. Schubdörfer Neust. 14 zu senden.

Mit collegialischem Gruß
Das Congreg-Comite
J. A. F. Kaufmann.

NB. Alle Arbeiterblätter werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

An alle Kürschner Deutschlands.

Die Kürschner-Genossenschaft von Hamburg, Altona und Ottenfien hielt am 17. dieses Monats eine Versammlung ab. Tagesordnung war: Die Lage unseres Gewerbes. Es wurde besonders betont, wie sehr wir Kürschner zurückstehen gegen alle anderen Arbeiter Deutschlands, weil bei uns an eine Organisation noch gar nicht zu denken ist, trotzdem von dem Verband, welcher sich im vorigen Jahre in Leipzig gründete, schon mehrmals dazu aufgefordert wurde. Es wurde deshalb von sämtlichen Collegen einstimmig angenommen, dahin zu wirken, daß so bald als möglich ein deutscher Kürschnerverband gegründet werde, damit auch wir im Stande sind, eine geregelte Arbeitszeit sowie einen den Verhältnissen entsprechenden Lohn zu erzielen. Wir rufen darum den Collegen allerorts zu, gleichviel ob sie auf Radel, Nützen oder Zwickeln arbeiten, sich so bald als möglich zusammenzuscharen und womöglich gleich uns einen Delegirten zur General-Versammlung nach Leipzig zu wählen, damit ein Statut entworfen wird, das für ganz Deutschland maßgebend ist. Die Generalversammlung findet jedenfalls schon Ende August statt, deshalb ist es nothwendig, sobald als es sich thun läßt, die nötigen Schritte einzuleiten. Nähere Auskunft wird der College Herr Fr. Trost, Kleinschlocher bei Leipzig, Hauptstraße Nr. 10 gern ertheilen.

In der Erwartung, daß dieser Aufruf in allen größeren Städten seine Wirkung nicht verfehlt, zeichnet mit collegialischem Gruß
Hamburg, 20. Juli 1875. J. A. F. Blume.

NB. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Ausnahme dieses Aufrufs gebeten.

Restanten

der Redaktion: Rathenow wird um Angabe seiner genauen Adresse gebeten.

Duittung

der Expedition: Könn Berlin Schr. 120, Kriff Albed. 160, Steiger Neu-York Ab. 320, Pir Rotterdam Ab. 160, Mär hier Schr. 759, Lhr Wabdenburg Ann. 220, Hülling hier Ab. 160, 3 Stijn Wien Ab. 511, S. Lmon Mainz Schr. 1080, Wis das. Nr. 1327, Erdre Dresden Ann. 600, Jh Könnig Gra; Schr. 1641, Gehr In-golstadt Schr. 165, Fachverein der Tischler Wänden Schr. 648, Schlie Weimar Schr. 038, Kiffner Bremen Ann. 050, C. S. Paris Ab. 1685, C. Drög Gießen Schr. 390, Fr. S. Plagwitz Ab. 300, Dnrch Köln Schr. 2400, B. C. W. Riffen Schr. 1100, W. Romawes Schr. 145, Dr. Arndt Wiesentheid Schr. 1500, Wlang Nürnberg Ann. 050, Ritz Eisenberg Schr. 145, Schudi Wöden Ab. 160, Wis hier Ab. 175, Eivöl Plauen Schr. 070, Völkereien Glauchau Ann. 040, Mär Mannheim Ab. 2954, Schr. 100, Brth Mainz Ab. 3420, Rhr Magdeburg W. i. C. haben wir direct angefordert, 15 sind ihrem Conto bereits gutgeschrieben, bei Fr. i. 3 Alles verloren.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilsscheine bez. Antheilquittungen erhielten femer: in Leipzig Fr. 3. 30.00, in Gutsdortf C. P. U. 13.50.

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

Augsbura Samstag, den 31. Juli:
Öffentliche Sozialisten-Versammlung.
Z. D.: Vortrag von S. I. O. I. 3. Endres. [40]

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonabend, den 30. Juli, Abends halb 9 Uhr, Andreasstraße Nr. 26 bei Mittel:
Ber sammlung.
Z. D.: Berichterstattung von der Generalversammlung zu Leipzig.
Der Sec. [60]

Berlin Verein der Sattler und Berufsgegenossen.
Sonabend, den 31. Juli, Abends halb 9 Uhr:
Geschlossene Mitgliederversammlung
im Café Polenz, alte Jacobstraße Nr. 83.
Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden. Vereinsangelegenheiten.
(26) A. Coenen, Vertrauensmann. [60]

Borsdorf Vorläufige Anzeige.
Sonabend, den 21. August:
Großes Volksfest,
verbunden mit Italiensischer Nacht im Park.
Das Programm wird später bekannt gemacht. — Der etwaige Ueberfluß wird zur Gründung einer Allgemeinen Krankenkaße verwendet.
Arbeiter Leipzigs und Umgegend! Wir erwarten von Euch, daß Ihr uns so viel wie möglich in unserm Streben mit Euren Besuche unterstützt, denn es gilt ja auch hier zu sterben.
Das Comitee.
(32) J. A. Heinrich Rahn. [250]

Berlin Sonnabend, 31. Juli, Abends 8 Uhr, in Oratweis Bierhalle (oberer Saal):
Öffentliche Versammlung.
Z. D.: Die sozial-politische Lage Europas. Referent Eduard Bernstein.
Um zahlreiche Theilnehmung ersucht
A. Geinsh. [60]

Montag, den 2. August:
Zwei Versammlungen.
1) Rannunstraße 27. 2) Landwehrstraße 11. [40]

Frankfurt a. M. Sonntag, den 1. August, Nachmittags 4 Uhr im Saale zum Schäzchenhof in Bornheim:
Allgemeines Sommer-Kränzchen der Schreiner, bestehend in Concert, Theater und Ball.
Entré 40 Pf. Damen frei.
Auswärtige Collegen und Parteigenossen ladet ein
Das Comitee. [200]

Gartenfeld Sonntag, den 1. August findet in der „Erdholung ein
Großes Nachtfest
verbunden mit Tanz fest, arrangirt von den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, wozu alle Freunde und Gesinnungsgenossen eingeladen sind.
Eintrittspreis, incl. Tanz, beträgt 60 Pf.
Die Vergnügungs-Commission. [200]

Hamburg Große Volksversammlung.
in Täg's (Stadt) Salon, Valentinstamp 41.
Erste Versammlung
am Sonntag, den 1. August, Vormittags präcise 11 Uhr.
Zweite Versammlung
am Dienstag, den 3. August, Abends präcise 9 Uhr.
Tagesordnung für beide Versammlungen: Vortrag von W. Liebknecht über den sozialistischen Inhalt der ersten französischen Revolution. (Eise und zweite Theilung).
Die Parteigenossen werden aufgefordert, für zahlreiche Besuch dieser Versammlungen durch Bekanntgabe der Tagesordnung Sorge zu tragen.
(2a) C. G. Rofkamp. [120]

Leipzig Club „31“.
Freitag, den 30. Juli:
Außerordentliche Sitzung. [30]

Aufforderung.
Herrn Wilhelm Fischer Barbier, früher in Staßfurt jetzt in Bärlich, zur Nachricht, daß meine Adresse immer noch Neustädterstraße Nr. 13 in Magdeburg ist, wie damals, wo er mich wohl zu finden wußte.
Otto Köhler. [150]

Wiesbaden Ich ersuche die Mitgliedschaften der Holzarbeiter-Gewerkschaft folgender Orte Versammlungen einzuberufen, und zwar: Samstag, 31. Juli: Bärlich, Montag, 2. Aug.: Kürnberg, Dienstag, 3. Aug.: Gießbrunn, Mittwoch, 4. Aug.: Darmstadt, Donnerstag, den 5. Aug.: Wiesbaden, Freitag: Lesheimer dafelst, Samstag: Bärlich.
Fr. J. Ehrhart aus Mannheim, Adresse H 5, Nr. 3.
Den geehrten Parteigenossen empfehle ich meine Spejerei und Viktualienhandlung unter Aufsicherung guter Waare und realer Bedienung.
Mannheim.
Karl Dreig. S. 49. [75]

Berlin Empfehle den Parteigenossen mein Cigarettenager eigenes Fabrilat.
(4c) G. Eiß, Firma S. Geigen, alte Jakobstr. 46. [75]

Soeben in Leipzig erschienen und von J. Müller, Bayerische Str. 8b gegen baar zu beziehen:
Gute Portraits
von A. Bebel und W. Liebknecht in Holz geschnitten.
Portrait-Größe 20 Centim. — Preis 50 Pf. für beide Bildnisse. Portrait für Kreuzbandsbindung 1-3 Exempl. 10 Pf. 4-6 Exempl. 20 Pf. Wiederverkäufern entsprechender Rabatt. [200]

Vorläufige Anzeige.
Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig erscheint und ist durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ in Leipzig und durch die Expedition des „Neuen Sozialdemokrat“ in Berlin zu beziehen:

Der arme Conrad.

Zusirirter Kalender für das arbeitende Volk
auf das Jahr 1876.

In 12 Bogen (circa 100 Seiten) wird dieser Kalender außer dem protestantischen, katholischen und griechischen Calendarium — Geschichtskalender — Wetterregeln — Aus- und Unter-gang von Sonne und Mond, Tageslänge, Planetenstellungen — Verzeichniß der Messen und Märkte — Gedichte — Sinnsprüche — Anekdoten u. s. w.
enthalten:
Beiträge von Rob. Schweichel (eine Novelle: Florian Geyer's Selbentod), Otto-Walfer, Aug. Bebel, Job. P. Becker, Job. Roff, H. W. Freyhof, Wilh. Hasenclewer, Wilh. Liebknecht, Wilh. Hasselmann.
Illustrationen: Ein Litzelbild, die Stiftung des Bruderbundes, „der arme Conrad“ darstellend; die Bildnisse von Heß und Herwegh; eine Arbeitercolonie von Rob. Owen; Monats-bildnisse.
Alle diese Illustrationen sind von berühmten Künstlern gezeichnet und in Holz geschnitten.
Bei dieser gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender geheset nur 40 Pf., gebunden und mit Schreibpapier durchschossen 60 Pf., gegen baar oder Postvorschuß.
Wiederverkäufern angemessener Rabatt.
Leipzig, im Juli 1875.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.

NB. Die Parteiblätter werden ersucht, von obiger Antilndigung Notiz zu nehmen.
Verantwortlicher Redakteur: G. Rindl.
Redaktion Hofstr. 4, Expedition Freiger. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Der Artikel war schon vor 2 Monaten geschrieben, ist aber nebst einem Brief und dem betreffenden Exemplar der Zeitung von Köln nach Leipzig abhanden gekommen, vielleicht — ?